

21/08

Berlin, 7. Juli 2008

## **Zukunftsträchtige Perspektiven für Universitätsmedizin in Mainz**

Das bislang als selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts geführte Universitätsklinikum Mainz soll künftig mit dem Fachbereich Medizin der Universität vereinigt und als neugeschaffene Einheit in der Universität Mainz geführt werden. So sieht es das neue Universitätsmedizingesetz des Landes Rheinland-Pfalz vor, das zum Januar 2009 in Kraft treten soll. Dies war Anlass für das Land, den Wissenschaftsrat um eine Strukturanalyse der Mainzer Universitätsmedizin zu bitten. Die jetzt vorliegenden Empfehlungen an Universität und Land zeigen auf, welche organisatorischen und strukturellen Veränderungen erforderlich sind, um die Leistungsfähigkeit des Standorts nachhaltig zu sichern bzw. zu steigern.

„Das neue Gesetz baut auf unseren bisherigen Empfehlungen für ein Integrationsmodell aus Fachbereich Medizin und Universitätsklinikum auf. Es wird die Probleme der Mainzer Medizin im betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Bereich des Klinikums jedoch nicht ad hoc lösen können. Das Land Rheinland-Pfalz hat aber schon in den letzten beiden Jahren einen Konsolidierungsprozess eingeleitet, der nun mit Blick auf die strategischen Ziele fortgeführt werden sollte. Mit den ansteigenden Zuführungsbeträgen für Forschung und Lehre an die Universitätsmedizin wurden bereits wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Forschung, zumal auch im klinischen Bereich, geschaffen,“ sagte der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Peter Strohschneider, am Rande der Sitzungen des Wissenschaftsrats in Berlin.

Als Sofortmaßnahmen werden die unmittelbare hauptberufliche Besetzung der Leitungspositionen der Universitätsmedizin (Wissenschaftlicher Vorstand, Ärztlicher Vorstand, Kaufmännischer Vorstand) ebenso empfohlen wie die Ausarbeitung eines mit dem Land abgestimmten Strategie- und Investitionskonzepts. Dieses Konzept sollte sich auf die Sicherstellung der Forschungs- und Lehrkapazitäten, eine an den Forschungsschwerpunkten orientierte Personalrekrutierung, die Wirtschaftlichkeit des Klinikumsbetriebs sowie eine schwerpunktbezogene Bau- und Investitionsplanung konzentrieren. Land und Universität haben in der Zwischenzeit erste Schritte zur Erarbeitung eines solchen Konzepts unternommen. Positiv zu werten sei, so Strohschneider, dass die von Universität und Klinikum gegründete Strategiekommision bei der Konzeptentwicklung sachkundige Unterstüt-

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung.

Ansprechpartnerin: Dr. Christiane Kling-Mathey  
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Straße 11, 50968 Köln  
Telefon: 0221/3776 - 243, Telefax: 0221/38 84 40, E-Mail: [kling-mathey@wissenschaftsrat.de](mailto:kling-mathey@wissenschaftsrat.de)

Pressemitteilungen und Informationen: <http://www.wissenschaftsrat.de>

zung und Begleitung durch eine von Wissenschaftsministerin Doris Ahnen eingesetzte Kommission erfahre und beide Seiten an einer raschen Entwicklung interessiert seien.

Der Wissenschaftsrat hat sich mit dem Land darauf verständigt, dass er zu dieser abgestimmten Investitions- und Strukturplanung, deren Fertigstellung er für innerhalb eines Jahres möglich hält, eine Stellungnahme abgeben wird.

**Hinweis:** Die „Stellungnahme zur organisatorisch-strukturellen Entwicklung der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz“ (Drs. 8610-08) wird im Netz als Volltext ([www.wissenschaftsrat.de](http://www.wissenschaftsrat.de)) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail ([post@wissenschaftsrat.de](mailto:post@wissenschaftsrat.de)) angefordert werden.